

Antworten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf die Fragen des Deutschen Kulturrates zur Kulturpolitik in der 20. Wahlperiode

CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
WELCHE KULTURPOLITISCHEN POST-CORONA-ZIELE HABEN SIE? WOLLEN SIE SICH FÜR DIE VERANKERUNG DES STAATSZIELS KULTUR IM GRUNDGESETZ EINSETZEN? WERDEN SIE DAS BKM ZU EINEM EIGENSTÄNDIGEN BUNDESKULTURMINISTERIUM WEITERENTWICKELN? WOLLEN SIE DAS KOOPERATIONSVERBOT ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN AUFHEBEN?					
<p>Wiedergewinnung des hohen jährlichen Wachstums und der Dynamik der Kultur- und Kreativwirtschaft;</p> <p>Amt der BKM hat sich als selbständige Organisationseinheit im Kanzleramt bewährt und soll so fortgeführt werden;</p> <p>Bekanntnis zu Deutschland als Kulturation und zugleich Prüfung, ob das Staatsziel Kultur im Grundgesetz konkrete Vorteile bieten würde;</p> <p>Analyse der staatlichen Aufgaben in der nächsten Wahlperiode unter konsequenter Anwendung des Grundsatzes der Subsidiarität</p>	<p>Coronapandemie hat den Kulturbereich enorm getroffen, jetzt geht es um politische Abfederung und Förderung des Neustarts des kulturellen Lebens;</p> <p>kooperativer Kulturföderalismus soll mit Leben gefüllt werden;</p> <p>bundespolitische Kulturinitiativen sollen besser regional abgestimmt werden, dazu gehört Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen;</p> <p>Weiterentwicklung des kulturpolitischen Spitzengesprächs zu Kulturplenum unter Einbeziehung von Bund, Ländern, Kommunen, Kulturproduzenten, Verbänden, um neuen Kulturkonsens zu erarbeiten;</p> <p>Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz;</p> <p>Beauftragter für Kultur und Medien im Kanzleramt soll Ministerrang erhalten</p>	<p>Lockdown hat zu massivem Schaden in der Kultur geführt;</p> <p>Veranstaltungsbetrieb im Kultur- und Kreativbereich soll vollumfänglich und sofort eigenverantwortlich wieder aufgenommen werden;</p> <p>einen weiteren Lockdown für den Kulturbereich darf es nicht geben;</p> <p>Schwerpunkte der Arbeit werden der Kampf gegen die Ideologisierung der Kulturpolitik einschließlich der Förderpolitik sowie die Festschreibung der deutschen Sprache als Staatssprache im Grundgesetz sein;</p> <p>Einsatz für die Errichtung einer Deutschen Akademie für Sprache und Kultur sowie eines Nationalen Aktionsplans kulturelle Identität;</p> <p>Kulturhoheit der Länder darf nicht weiter aufgeweicht werden;</p> <p>Staatsziel Kultur sowie ein Bundeskulturministerium werden aufgrund der Kulturhoheit der Länder abgelehnt</p>	<p>Wichtigste Maßnahme ist die Sicherung der Freiheit und Vielfalt des Kulturlebens, daher soll der Kultur-etat des Bundes für die nationale und internationale Kulturförderung erhöht werden;</p> <p>Einsatz für die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz; jetzige Struktur der BKM ist geeignete Form;</p> <p>Einrichtung eines Kooperationsgebotes von Bund und Ländern in der Bildungspolitik, das auch der Kultur zugutekommt</p>	<p>Verankerung von Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz und Einführung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz;</p> <p>Einrichtung eines Bundeskulturministeriums;</p> <p>Kultur und Kulturförderung muss ausreichend und krisenfest gestaltet werden;</p> <p>Länder und Kommunen brauchen ausreichend Mittel, um Kultur finanzieren zu können</p>	<p>Entwicklung einer Wiederaufbaustrategie zur Stärkung der Kommunalfinanzen als Grundlage für kulturelle Infrastruktur;</p> <p>angemessene Vergütung und bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden;</p> <p>Reform des Zuwendungsrechts;</p> <p>mehr Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen;</p> <p>Einrichtung eines Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung;</p> <p>Einsatz für ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz;</p> <p>Bundeskulturministerium nur sinnvoll, wenn verschiedene Zuständigkeiten gebündelt werden</p>

WELCHE SCHWERPUNKTE IN DER AKBP IN EUROPA UND INTERNATIONAL WOLLEN SIE SETZEN? WELCHEN STELLENWERT WIRD DABEI DIE UNESCO-KONVENTION KULTURELLE VIELFALT HABEN? WIE WOLLEN SIE DIE NACHHALTIGKEITSZIELE DER UN-AGENDA 2030 NATIONAL UND INTERNATIONAL IN DER KULTUR-, MEDIEN- UND DIGITALPOLITIK UMSETZEN?					
<p>AKBP leistet wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung und europäischen Integration;</p> <p>Einsatz, dass Prinzipien der Konvention Kulturelle Vielfalt weltweit angewandt werden</p>	<p>Verstärkung der Impulse aus dem bestehenden Amt der Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt;</p> <p>Einsatz für Freiheit von Kunst, Kultur und Wissenschaft weltweit unter Einschluss der Digitalisierung;</p> <p>Beförderung der Verschränkung von Innen und Außen in der Kulturpolitik;</p> <p>Fortsetzung der AKBP unter Berücksichtigung der Konvention Kulturelle Vielfalt und der UN-Agenda 2030, hier besonders: Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Ausbau des Netzes der deutschen Auslandsschulen, Förderung der Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftskooperationen, Integration von Kultur in Entwicklungszusammenarbeit, stärkerer Einsatz digitaler Formate, um neue und jüngere Zielgruppen zu erreichen;</p> <p>Ausbau des Netzwerks deutsch-französischer Kulturinstitute;</p> <p>Stärkung der Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent;</p> <p>verstärkte Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus;</p> <p>Nutzung der Chancen von Kultur, Kreativwirtschaft und Bildung für die jüngere Generation</p>	<p>AKBP ist grundsätzlich gut aufgestellt, das Schulwesen, der DAAD, das DAI, das Goethe-Institut und die Deutsche Welle sind Botschafter Deutschlands in der Welt;</p> <p>AKBP soll pragmatisch und realistisch statt nicht moralisch und ideologisch gestaltet werden;</p> <p>jeder Staat muss das Recht haben, seine Leitkultur zu stärken, daher sollten fremdkulturelle Einflüsse nicht unter der Überschrift Vielfalt geschützt oder gefördert werden;</p> <p>Gesamtpaket der Nachhaltigkeitsziele wird kritisch gesehen, da sie als ideologisch angesehen werden, daher ist eine Korrektur der AKBP erforderlich, um den Nachhaltigkeitszielen weniger Gewicht zu geben</p>	<p>Stärkung der AKBP als Aushängeschild Deutschlands in der Welt;</p> <p>Förderung der Mittlerorganisationen unter Ausbau der digitalen Angebote;</p> <p>Entwicklung eines Masterplans zur Gründung deutscher Auslandsschulen;</p> <p>Gründung eines EU-weiten Kulturfonds nach dem Vorbild des »National Trust« in GB zum Schutz des europäischen Kulturerbes;</p> <p>Stärkung der Deutschen Welle und Verstärkung der digitalen Angebote;</p> <p>Konvention Kulturelle Vielfalt ist Richtschnur der Kulturpolitik;</p> <p>Einsatz gegen die Beschneidung der kulturellen Freiheit durch autoritäre Regime;</p> <p>Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und Sichtbarmachung des Beitrags der Kultur für nachhaltige Entwicklung</p>	<p>Ziel sind der Erhalt und die Ausgestaltung der kulturellen Vielfalt;</p> <p>Zugang zu Kultur und Bildung soll gestärkt werden;</p> <p>AKBP soll nationalstaatliches Denken überwinden;</p> <p>Vorschlag, Ökodesign-Vorgaben für Produkte zu verstärken, um nachhaltige Produkte zu befördern</p>	<p>Stärkung der AKBP;</p> <p>Intensivierung der Zusammenarbeit mit der UNESCO und dem Europarat;</p> <p>stärkere Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Eine-Welt-Engagements;</p> <p>Einsatz für Kultur und audiovisuelle Medien bei künftigen Handelsabkommen;</p> <p>Unterstützung der Kultur bei der Erreichung der Ziele der UN-Agenda 2030;</p> <p>Einrichtung eines »Green Culture Fonds« zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele</p>

WERDEN SIE NACH DER UMSETZUNG DER DSM-RICHTLINIE IN DEUTSCHES RECHT WEITERE GESETZGEBERISCHE MASSNAHMEN IM URHEBERRECHT ERGREIFEN? WENN JA, WELCHE AKZENTE WOLLEN SIE SETZEN? PLANEN SIE VERÄNDERUNGEN IM STEUERRECHT, INSBESONDERE UMSATZSTEUERRECHT, FÜR DEN KULTUR- UND MEDIENBEREICH? WENN JA, WELCHE?					
<p>Urheberrecht bleibt ein wichtiges Politikfeld</p>	<p>Mit der Umsetzung der DSM-Richtlinie wurde bereits viel erreicht;</p> <p>Nachsteuerung durch ein Verbandsklagerecht für Künstler, die angemessene Vergütungen einbringen;</p> <p>Festhalten an den bestehenden Begünstigungen und Steuerbefreiungen für Kulturgüter</p>	<p>Folgen der DSM-Richtlinie für Nutzer können noch nicht abgesehen werden;</p> <p>es besteht bislang kein geeigneter Interessenausgleich zwischen Urhebern und Verbrauchern;</p> <p>Einsatz für Meinungsfreiheit im Internet sowie für faire Vergütung der Urheber</p>	<p>Sollten sich Missstände bei der Anwendung der DSM-Richtlinie zeigen, muss nachgesteuert werden;</p> <p>Reform der Umsatzbesteuerung wird angestrebt mit dem Ziel einer klaren und nachvollziehbaren Umsatzsteuer, dabei sollen vergleichbare Sachverhalte gleichbehandelt werden</p>	<p>Stärkung des Anspruchs auf angemessene Vergütung;</p> <p>Einführung eines Verbandsklagerechts zur Durchsetzung der angemessenen Vergütung;</p> <p>Einschränkung von Uploadfiltern;</p> <p>Erhalt des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Kulturgüter</p>	<p>Weitere Anpassung des Urheberrechts;</p> <p>Einsatz für angemessene Vergütung der Urheber;</p> <p>Einsatz für einfachere und schnellere Rechtklärung;</p> <p>Forderung einer Datenbank zur Lizenzierung;</p> <p>Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die elektronische Ausleihe von E-Books zu angemessenen Bedingungen;</p> <p>Überprüfung der Vermutungsregeln für Schranken;</p> <p>weniger Ausnahmen bei der Umsatzsteuer;</p> <p>Einsatz für Gleichbehandlung von analogen und digitalen Kulturgütern</p>

CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
WOLLEN SIE KULTUR-, MEDIEN- UND DIGITALPOLITIK ENGER VERBINDEN? WENN JA, WIE? GEHT DIES AUCH MIT STRUKTURELLEN VERÄNDERUNGEN EINHER? WIE WOLLEN SIE DIE KULTURELLE VIELFALT UND DIE MEDIENVIELFALT SICHERN? WOLLEN SIE KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UNTER BERÜCKSICHTIGUNG EINES ETHISCHEN RAHMENS FÖRDERN?					
<p>Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche hat oberste Priorität;</p> <p>Einrichtung eines Digitalministeriums, um Infrastruktur zu modernisieren und Behörden zu bündeln;</p> <p>Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft;</p> <p>KI ist Schlüsseltechnologie, deren Chancen genutzt und Risiken minimiert werden</p>	<p>Stärkung des Digitalen als künstlerischen Raum und Förderung digitaler Kunstprojekte;</p> <p>bessere Sicherung und Zugänglichkeit des kulturellen Erbes;</p> <p>Unterstützung der Entwicklung von Erlösmodellen für die Kultur im digitalen Raum;</p> <p>gezielte Unterstützung, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft in den Kultureinrichtungen wiederfindet;</p> <p>Organisation einer agilen und projektorientierten Digitalpolitik unter einer gemeinsamen Federführung und strategischen Steuerung aus dem Kanzleramt;</p> <p>Entwicklung eines Rechtsrahmens zur Regulierung der Risiken algorithmischer Systeme sowie präventive Normen und Standards</p>	<p>Digitalisierung gewinnt auch im Kulturbereich an Bedeutung;</p> <p>im Kulturbereich Tätige können ihre Werke einem breiteren Publikum zugänglich machen, es muss allerdings auch gelingen, hieraus Einnahmen für die Anbieter zu generieren;</p> <p>digitale Angebote müssen zusätzliche Angebote bleiben und die klassischen öffentlichen Kulturräume dürfen nicht veröden;</p> <p>kulturelle Vielfalt und Meinungsvielfalt sind aktuell durch einen Konformitätsdruck gefährdet;</p> <p>öffentliche Förderung muss entideologisiert werden;</p> <p>öffentlich-rechtlicher Rundfunk soll zu einem »Grundfunk« reformiert werden;</p> <p>Regulierungsdichte und ethische Eingrenzung für KI sind in Deutschland und der EU bereits sehr hoch, hier besteht die Gefahr, gegenüber den USA und China abgehängt zu werden;</p> <p>digitale Souveränität Deutschlands muss das Ziel sein</p>	<p>Einrichtung eines Ministeriums für digitale Transformation;</p> <p>Beschleunigung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur und der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich Digitalisierung;</p> <p>Vernetzung von Kultur, Medien und Digitales soll befördert werden;</p> <p>Förderung von KI, u. a. durch Einrichtung einer »Stiftung Künstliche Intelligenz«, die Investitionen in die Entwicklung KI-basierter Dienste unterstützt;</p> <p>Aufbau einer Roadmap für KI durch Benennung von 10 KI-Anwendungsfällen durch jedes Ministerium</p>	<p>Kultur-, Medien- und Digitalbereich sind eng verwoben;</p> <p>Unterstützung privater und öffentlicher Kultureinrichtungen bei der Nutzung der Digitalisierungspotenziale;</p> <p>Stärkung der Kooperation öffentlich-rechtlicher Anstalten mit Museen und Bibliotheken für ein »digitales Kulturportal«;</p> <p>Forderung nach einem regelmäßigen Bericht zum Stand der Medienvielfalt und Meinungsfreiheit;</p> <p>Förderung eines gemeinwohlorientierten Ansatzes bei KI</p>	<p>Kultur-, Medien- und Digitalpolitik werden zusammengedacht;</p> <p>Offenheit für eine stärkere Bündelung von Kompetenzen mit Blick auf Kultur-, Medien- und Digitalpolitik;</p> <p>Einsatz für Repräsentanz unterschiedlicher Gruppen bei Stipendien, Jurys und Werksverträgen;</p> <p>Einsatz für Diversität bei Programm, Personal, Publikum in öffentlichen Kultureinrichtungen und bei öffentlich-rechtlichen Sendern;</p> <p>Sicherung der Medienvielfalt durch öffentliche Förderung des Journalismus;</p> <p>ethische Grundsätze bestehen hinsichtlich KI</p>

WELCHE MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER SOZIALEN LAGE IN KULTUR UND MEDIEN PLANEN SIE? WIE STEHEN SIE ZUR VERBESSERTEN EINBEZIEHUNG VON SELBSTÄNDIGEN IN DIE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG SOWIE EINE ALTERSVORSORGEPLICHT FÜR SELBSTÄNDIGE? WELCHE MASSNAHMEN FÜR MEHR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT PLANEN SIE?

<p>Stärkung der Künstlersozialversicherung;</p> <p>Ausbau des Schutzes in der Kranken- und Pflegeversicherung bei selbständiger nicht-künstlerischer Nebentätigkeit;</p> <p>Prüfung der Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung;</p> <p>Zur Überwindung des Gender Pay Gaps soll Entgelttransparenzgesetz genutzt werden;</p> <p>Aufbau einer Expertinnen Datenbank für Gremien, Jurys usw., um den Gender Show Gap zu überwinden</p>	<p>Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, damit Kulturschaffende, Kreative und Kulturvermittler besser und krisenresilienter abgesichert werden;</p> <p>Künstlersozialversicherung ist nicht verhandelbar;</p> <p>Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung als freiwilliger Versicherung zur Absicherung von Einnahmeausfällen;</p> <p>Vereinfachung der Regelungen für unständig oder kurz befristet Beschäftigte z. B. in Theater und Film;</p> <p>Einsatz für den weiteren Ausbau der Diversität im Kulturbereich u. a. durch mehr Frauen in Führungspositionen;</p> <p>Quotierte Besetzung von Jurys und Gremien</p>	<p>Selbständige müssen selbst für das Alter vorsorgen, die KSK bietet bereits Entlastungen für Künstler und Publizisten;</p> <p>eine verpflichtende Arbeitslosenversicherung entspricht nicht den Vorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft;</p> <p>Freischaffende Künstler müssen eine angemessene Bezahlung erhalten, hier besteht Nachholbedarf;</p> <p>Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit werden abgelehnt</p>	<p>Einsatz für maximale Wahlfreiheit für Selbständige in der Altersvorsorge;</p> <p>in der Gründungsphase ist Pflicht zur Altersvorsorge und zur Krankenversicherung angemessen;</p> <p>Beiträge für Selbständige zur gesetzlichen Krankenkasse sollen sich am tatsächlichen Einkommen orientieren;</p> <p>freiwillige Versicherung in der Arbeitslosenversicherung soll für Selbständige erhalten bleiben;</p> <p>Forderung nach mehr Diversität in Kultureinrichtungen;</p> <p>Begrenzung der Amtszeit auf den obersten Leitungsebenen der Kultureinrichtungen des Bundes auf maximale zweimal fünf Jahre sowie</p> <p>Einführung eines Rotationsprinzips bei Jurys mit Bundesbeteiligung auf maximal zwei Amtszeiten mit jeweils vier Jahren;</p> <p>Verstärkung eines ganzheitlichen Diversity Managements;</p> <p>strukturelle Verbesserung der Arbeitsbedingungen;</p> <p>Gleichstellung bezieht sich auch auf Menschen mit Behinderungen sowie Personen aus der LSBTI-Community</p>	<p>Forderung verbindlicher Mindeststandards für Künstlerhonorare, branchenspezifische Honoraruntergrenzen und Ausstellungsvergütungen für bildende Künstler;</p> <p>Einbeziehung aller in die gesetzliche Sozialversicherung;</p> <p>Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen sich nach dem tatsächlichen Einkommen richten;</p> <p>Anhebung des Rentenniveaus und Einführung einer Solidarischen Mindestrente von 1.200 Euro;</p> <p>Überwindung des Gender Pay Gaps durch gleiche Bezahlung und Transparenz bei Gehältern und Honoraren</p>	<p>Bessere Absicherung von Solo-Selbständigen;</p> <p>Schaffung branchenspezifischer Mindesthonorare;</p> <p>Ausbau des Zugangs zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung;</p> <p>Weiterentwicklung der Grundrente zu einer Garantierente;</p> <p>Einführung einer Geschlechterquote bei der Besetzung von Intendanten, bei staatlichen Kulturbetrieben, bei der Stipendienvergabe und Jurys</p>
--	--	--	--	---	--

PLANEN SIE MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG DER KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT? WENN JA, WELCHE? WOLLEN SIE HONORARMINDESTSTANDARDS ETABLIEREN? WIE WOLLEN SIE DIE VERGABEPRAaxis IM KULTUR- UND MEDIENBEREICH KÜNFTIG GESTALTEN? WERDEN SIE DEN KÜNSTLERSOZIALABGABESATZ WEITERHIN STABIL HALTEN?

<p>Setzung der Rahmenbedingungen, damit Angebote der Kultur- und Kreativwirtschaft refinanziert werden können;</p> <p>Befürwortung der angemessenen Vergütung und Verbesserung der Einkommenssituation für Selbständige aus Kunst und Kultur;</p> <p>Zuständigkeit für Vergabepaxis liegt bei den Bundesländern;</p> <p>Künstlersozialabgabebesatz soll gestärkt werden</p>	<p>Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft;</p> <p>Ergreifen von ordnungspolitischen Initiativen und Gestaltung der Rahmenbedingungen, um inhaltsbezogene Geschäfts- und Erlösmodelle zu stärken;</p> <p>Entwicklung von Fördermodellen für die Bereiche, in denen ein Marktversagen vorliegt, um die kulturelle Vielfalt zu stärken;</p> <p>Gestaltung einer kulturförderlichen Gesetzgebung des Bundes in den Bereichen Steuerrecht, Urheberrecht und Künstlersozialversicherung;</p> <p>Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken;</p> <p>Kulturförderung muss so ausgestaltet sein, dass auskömmliche Finanzierung der beauftragten Künstler erfolgt, Instrumente hierfür sind Mindestgagen oder Ausstellungs-honorare;</p> <p>Abgabebesatz für 2022 wurde stabilisiert</p>	<p>Förderung von Kultureinrichtungen muss transparent erfolgen, wer staatlich gefördert wird, muss sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen;</p> <p>kulturpolitische Aktivitäten des Bundes sollen eng begrenzt werden;</p> <p>alle erwerbstätigen Bürger sollen faire Vergütung für ihre Leistungen erhalten</p>	<p>Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiges Ziel;</p> <p>Öffnung von Förderprogrammen auch für kleinere Unternehmen und Solo-Selbständige;</p> <p>Auflage eines Innovationsprogramms für digitale Geschäftsmodelle, das auf die Interessen der Kultur- und Kreativwirtschaft abgestimmt ist;</p> <p>angemessene Vergütung ist essenziell, um soziale Lage der Künstler zu verbessern, die Verantwortung hierfür liegt bei den Unternehmen und der öffentlichen Hand;</p> <p>Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsverfahren in der Kulturförderung sowie Harmonisierung der Förderrichtlinien des Bundes;</p> <p>Anstieg der institutionellen Förderung zur Stärkung der Unabhängigkeit der Einrichtungen</p>	<p>Für die Dauer der Coronapandemie Zahlung einer monatlichen Pauschale von 1.200 Euro rückwirkend zum März 2020;</p> <p>Einführung verbindlicher Mindeststandards und -honorare;</p> <p>nachhaltigere Bundeskulturförderung, die weniger projektorientiert ist;</p> <p>Vergabe von Fördermitteln soll an soziale Mindeststandards, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität geknüpft werden; Öffnung der Künstlersozialkasse für weitere Berufsgruppen;</p> <p>Erhöhung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse</p>	<p>Auflage eines Investitionsprogramms zur Digitalisierung, wovon die Kreativwirtschaft profitieren kann;</p> <p>Veränderung des Innovationsbegriffs, damit digitale Projekte aus der Kreativwirtschaft gefördert werden können;</p> <p>Einsatz für verbindliche Honoraruntergrenzen und deren Einhaltung bei öffentlicher Förderung;</p> <p>dauerhafte Erhöhung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse auf 25 Prozent;</p> <p>Einführung einer KSK-Abgabepflicht für digitale Plattformen mit Gewinnerzielungsabsicht;</p> <p>Änderung des Anwendungsbereichs des KSVG auf das Marktortprinzip, damit digitale Plattformen mit Sitz im Ausland abgabepflichtig werden</p>
---	--	---	---	---	--

CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
WIE WOLLEN SIE DAS BUNDESPROGRAMM »KULTUR MACHT STARK« WEITERENTWICKELN? PLANEN SIE MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG DER DIGITALEN BILDUNG IN DER AUSSERSCHULISCHEN BILDUNG? WERDEN SIE SICH FÜR KULTUR UND KULTURELLE BILDUNG IM LÄNDLICHEN RAUM STARK MACHEN? WENN JA, WAS PLANEN SIE?					
Für kulturelle Bildung – auch digitale Bildung – sind die Länder zuständig; eine dritte Förderphase (2023-2027) für »Kultur macht stark« ist geplant; Kultur auf dem Land wird durch Programme wie »Kultur im ländlichen Raum«, Denkmalschutz-Sonderprogramm und Zukunftsprogramm Kino unterstützt	»Kultur macht stark« wurde mit neuer Förderphase bis 2027 abgesichert, hier werden digitale Formate und ländliche Räume berücksichtigt; Stärkung der kulturellen Infrastrukturen zur Stärkung der Vielfalt des kulturellen Angebots; Auflage von Programmen zur Sicherung und Entwicklung von kulturellen Freiräumen in den Städten und den ländlichen Räumen	Stärkung der ländlichen Räume ist ein zentrales Anliegen, auch um die Heimat wieder ins Gleichgewicht zu bringen; durch »Kultur macht stark« wird die Kulturhoheit der Länder und Kommunen ausgehebelt; Bildung muss vor allem in der Schule erfolgen; digitale Bildung verbessert die Bildungschancen aller Bürger, daher Einsatz für flächendeckende, anbieteroffene Bereitstellung von Glasfasernetzen sowie Ausbau eines leistungsfähigen, flächendeckenden Mobilfunknetzes	Aufrechterhaltung des Engagements in der kulturellen Bildung; Einsatz für die Expansion der Bildungsförderung; Forderung nach einem Digitalpakt 2.0 einschließlich MakerSpaces an Schulen; Investition von 10 Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich-geförderter Kulturorganisationen in kulturelle Bildung für Menschen aller Altersgruppen	Verstetigung und Mittelerhöhung des Programms »Kultur macht stark«; stärkere Orientierung in den Programmen auf rassismuskritische und diversitätsorientierte Kriterien; Auflage eines Programms »Digital-Allianz Bildung« für die schulische und außerschulische kulturelle Bildung	Förderung von Kultur in der Breite, so auch im ländlichen Raum; Förderung von Kultureinrichtungen im ländlichen Raum durch Gemeinschaftsaufgabe »Regionale Daseinsvorsorge«; Stärkung der Bundeskulturfonds; Weiterentwicklung des Programms »Kultur macht stark« Umsetzung eines Sonderprogramms »Kulturraumschutz«

WERDEN SIE SICH FÜR DIE KULTURELLE INTEGRATION UND DEN ZUSAMMENHALT IN VIELFALT IN DEUTSCHLAND EINSETZEN? WAS PLANEN SIE KONKRET? WELCHE RELEVANZ HAT IN DIESEM ZUSAMMENHANG DIE ERINNERUNGSKULTUR FÜR SIE? WAS WOLLEN SIE TUN, UM ANTISEMITISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT ENTGEGENZUTRETEN?

Kulturelle Vielfalt ist ein wichtiger Faktor für Integration; Möglichkeit, Kunst und Kultur zu erleben, gehört zu gleichwertigen Lebensverhältnissen; Vorhaben der Erinnerungskultur, Aufarbeitung der NS-Zeit und der SED-Diktatur bleiben zentrale und dauerhafte Aufgaben; Ausbau des Bundesprogramms »Jugend erinnert«; Überführung der Zeitzeugenarbeit in das digitale Zeitalter; Antisemitismus und Fremdenhass soll entschieden entgegengetreten werden; Bundesregierung soll künftig dem Deutschen Bundestag Extremismusberichte mit den Schwerpunkten Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus vorlegen	Allen Bürgern soll der Zugang zu Kunst und Kultur ermöglicht werden; Stärkung der Öffnung von Kultureinrichtungen und eines diversitätsorientierten Audience Developments; Auflage von Unterstützungsprogrammen zur Stärkung der kulturellen Vielfalt; Erinnerungskultur soll keine Geschichtsbilder vorgeben, sondern zur eigenen Reflexion anregen; Auseinandersetzung mit dem Zivilisationsbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist erforderlich; gesellschaftlicher Ausgrenzung, Benachteiligung und Verfolgung soll entschieden entgegengewirkt werden; besonders sollen Menschen mit Migrationsgeschichte in der Erinnerungskultur in den Blick genommen werden; Stärkung der schulischen und außerschulischen politischen Bildung zur Stärkung der Demokratiebildung und demokratischen Partizipation	Grundsätzlich muss die »Massenzuwanderung« reduziert werden; Integration ist eine Pflicht der Zuwanderer und vorübergehend Schutz Suchenden, dabei ist der Erwerb der deutschen Sprache unverzichtbar; »Zusammenhalt in Vielfalt« besteht angesichts von Parallelgesellschaften nicht; steigender Antisemitismus ist in der Zunahme muslimischer Zuwanderung begründet; in der Erinnerungskultur sollen positive identitätsstiftende Aspekte deutscher Geschichte nach vorne gestellt werden; Fokussierung auf Nationalsozialismus und in jüngster Zeit auf Kolonialismus muss entgegengewirkt werden	Einsatz für eine Integrationspolitik, die Vielfalt begrüßt und Einwanderer einlädt, Teil der Gesellschaft zu werden; Kunst und Kultur spielt bei der Integration eine wichtige Rolle; Aufarbeitung und Vermittlung der beiden deutschen Diktaturen bleibt kontinuierliche Aufgabe; Einbeziehung der Erfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichte in Erinnerungskultur; lebendige Erinnerungskultur ist zentral, um Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus und Homophobie entgegenzuwirken; stärkerer Einsatz von digitalen Angeboten in der Erinnerungsarbeit	Ermöglichung der Teilhabe möglichst vieler Menschen an kulturellen Angeboten; kein Sparen an finanziellen und personellen Ressourcen in der politischen Bildung; Orientierung der Erinnerungspraxen an eine postmigrantische Gesellschaft; Ziel ist Teilhabe statt Integration für alle Menschen, die in Deutschland leben	Einsatz für eine multiperspektivische Erinnerungskultur in einer Einwanderungsgesellschaft; stärkere Orientierung auf Jugendliche bei der Gedenkstättenarbeit; Förderung der gesellschaftlichen Debatte zu Kolonialismus und kolonialem Erbe
--	---	--	--	---	--